

Sehr geehrte Damen und Herren,

Polizeipräsident Hubert Wimber ist bis einschließlich Mittwoch dieser Woche in Österreich und Berlin unterwegs. Er wird in dieser Zeit vom Leitenden Polizeidirektor Hans Volkmann vertreten.

In den von Herrn Ulrich Breulmann verantwortlich gekennzeichneten Artikeln in der *Münsterschen Zeitung* / *Ruhr-Nachrichten* vom 30. Januar 2010, getitelt „Brief belastet Polizeichef“ und „Reaktion auf Rauschzeichen“ geht es um Vorwürfe / Bewertungen, die den Polizeipräsidenten persönlich betreffen.

Zum Inhalt der Artikel ist folgendes anzumerken:

1. Der vom 11. Dezember 2009 datierte Brief von Hubert Wimber an Herrn Georg Wurth vom *Deutschen Hanf Verband*, auf dessen Inhalt sich Herr Breulmann bezieht, war kein offener Brief und eine Veröffentlichung im Internet oder anderswo auch nicht autorisiert.
 2. Hubert Wimber hatte lediglich einer Presseinformation des Verbandes zugestimmt, in der die persönliche Position von Polizeipräsident Hubert Wimber in der fachlichen Diskussion herausgestellt wird.
 3. In allen Formulierungen des Briefes wird deutlich, dass es sich bei den Ausführungen um persönliche Einschätzungen und Wertungen des Polizeipräsidenten Hubert Wimber in einer fachlichen Diskussion handelt, nicht etwa um die Einschätzung aller Polizeipräsidenten, der Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen oder gar die der Landesregierung unseres Landes. Der Brief knüpft an ein Gespräch anlässlich eines Treffens in Frankfurt und einige Passagen aus dem Buch „Rauschzeichen“ an. Auch daraus ist zu ersehen, dass er nicht für eine Veröffentlichung gedacht war. Daran ändert auch der Umstand nichts, dass der Inhalt unter dem persönlichen Kopfbogen des Polizeipräsidenten steht.
 4. Da Hubert Wimber in einem nicht für die Öffentlichkeit bestimmten Brief lediglich seine Position in der Fachdiskussion wiedergibt, die er schon seit mehreren Jahren auch auf öffentlichen, zum Teil internationalen Veranstaltungen vertritt, war der Inhalt insoweit auch nicht mit dem Innenministerium NRW abgestimmt.
 5. Soweit der Artikelverfasser der *Münsterschen Zeitung* versucht, zumindest einen Anfangsverdacht gegen Hubert Wimber auf Illoyalität zum Innenminister bzw. der Landesregierung zu unterstellen, darf ich ihn beruhigen.
Das Polizeipräsidium Münster unter Führung seines Präsidenten Hubert Wimber hat bisher sowohl die geltenden Gesetze als auch die Handlungsvorgaben des Innenministeriums beachtet und umgesetzt und wird dies auch verlässlich zukünftig tun.
- Wir bekämpfen zum Beispiel zur Zeit in zwei Kriminalkommissariaten und einer Gemeinsamen Ermittlungsgruppe Zoll / Polizei schwerpunktmäßig die lokale und organisierte Rauschgiftkriminalität; darüber hinaus bekämpfen mehr

als 20 Beamtinnen und Beamte im Einsatztrupp die Straßenkriminalität, d.h. neben anderen Delikten auch die Rauschgift- und Beschaffungsbekämpfung

denn wir Polizeibeamte schützen die Rechtsordnung, auch wenn wir zu den Inhalten unterschiedliche und ganz persönliche Auffassungen haben und Gott sei Dank auch haben dürfen. Das macht Hubert Wimber in seinem Brief auch gegenüber dem Empfänger unmissverständlich deutlich, wenn er auf das Legalitätsprinzip aufmerksam macht. „Die Polizei kann ihr Handeln nicht danach ausrichten, ob sie das anzuwendende Gesetz als „gut“ oder „schlecht“ ansieht.“ Insoweit gibt es sicherlich zum Teil unterschiedliche Bewertungen in der Fachdiskussion zwischen Hubert Wimber und seinen Mitarbeitern. Das hat aber überhaupt keine Auswirkungen auf die tatsächliche Arbeit, die sich ausschließlich an der aktuellen Rechtslage orientiert.

6. Polizeipräsident Hubert Wimber schaut aber auch auf die Ergebnisse der Polizeiarbeit und hinterfragt die Wirkung der veranlassten und getroffenen Maßnahmen. Das ist etwas, was sicherlich von jedem guten Manager erwartet wird. Dafür unterhält er im Leitungsstab ein eigenes Sachgebiet „Controlling und Strategie“. Außerdem tauscht er sich in einer Leitungskonferenz ständig mit den Direktionsleitern seines Hauses aus. In diesen Fragen sucht Hubert Wimber auch gern die Nähe zur Wissenschaft, um Polizeiarbeit auf der Grundlage gesicherter Erkenntnisse weiter zu entwickeln. Das bedeutet aber ganz und gar nicht, dass zum Beispiel in Münster die Rauschgiftkriminalität anders als in anderen Polizeibehörden des Landes bekämpft wird.

Richtschnur für das polizeiliche Handeln ist und bleibt die Rechtsordnung. Daran hat Hubert Wimber in seiner über 12-jährigen Amtszeit als Polizeipräsident nie einen Zweifel gelassen. Um nur einen kleinen Exkurs in den Bereich der Drogenproblematik zu machen, sei darauf hingewiesen, dass Hubert Wimber für seine Position in der Fachdiskussion Argumente hat, die er auch sachlich belegen kann. Er hat nie gesagt, dass die Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität ein Verschleudern von Ressourcen sei. Das ist ganz und gar nicht sein Sprachgebrauch, wie auch dem Brief zu entnehmen ist: „Aussagen im Zusammenhang mit der Strafverfolgung von Cannabiskonsumenten wie `Hat die Polizei nichts Wichtiges zu tun?` oder `Jagd auf Kiffer` sind aus meiner Sicht kontraproduktiv und verkennen die strafrechtlichen Grundlagen.“ Hubert Wimber sagt nur, dass er über das Instrumentarium der Strafverfolgung keine sichtbaren quantitativen Erfolge in Bezug auf das Konsumieren von Drogen oder der Reduzierung der Sucht feststellen kann. Eine Feststellung, die übrigens schon sein Vorgänger Robert Steineke öffentlich gemacht hat, der nun wahrlich nicht im Verdacht eines Drogenbefürworters steht.

Fazit:

- Über 12 Jahre Amtszeit haben gezeigt, dass Hubert Wimber als Präsident des Polizeipräsidiums Münster uneingeschränkt zum Rechtsstaat und zur Landesregierung von Nordrhein-Westfalen steht, deren oberster Amtswalter er in Polizeiangelegenheiten im Zuständigkeitsbereich Münsters ist.

- Aus dem Inhalt eines nicht für die Öffentlichkeit bestimmten Briefes und aus bewertenden Äußerungen Dritter andere Schlüsse oder Verdächtigungen zu ziehen, ist unredlich und verfälscht seine Haltung.
Hubert Wimber ist engagiert, polizeiliches Handeln zu optimieren. Dafür ist seine Behörde bereits mehrfach ausgezeichnet worden.
- Hubert Wimber weiß darum, dass abweichende Vorstellungen und Sichtweisen zu bestimmten Themenfeldern hinsichtlich einer Realisierung einer politischen Mehrheit bedürfen.
- Als politischer Mensch wirbt er dafür, ohne aber dabei seine jetzigen Verpflichtungen zu vernachlässigen.
Das sehen übrigens etwa Dreiviertel der Leserinnen und Leser der Münsterschen Zeitung genauso, die sich an einer Abstimmung im online-Auftritt der Zeitung beteiligt haben.

Mit freundlichen Grüßen

Alfons Probst
-Leiter Presse und Öffentlichkeitsarbeit-